

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Kpf., bei Lieferung frei Haus 55 Kpf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Befreiung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsabgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederbestellungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptredakteur: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heftmattell, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. A. VII. 2250. Geschäftsstellen: Albersstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 194

Sonnabend, den 20. August 1938

90. Jahrgang

Der Führer bei seinen Soldaten Jubelnder Empfang auf dem Truppenübungsplatz Groß-Born

Groß-Born erlebte am Freitag seinen großen Tag. Der Besuch des Führers auf dem Truppenübungsplatz hatte sich wie ein Lauffeuer herumgesprungen, und schon in den frühen Vormittagsstunden sah man die Einwohner der umliegenden Städtchen und Ortschaften in langen Zügen zu den Anmarschstraßen eilen. Da es sich aber um eine gefechtsmäßige Übung handelte, war der hierfür vorgesehene Abschnitt des Truppenübungsplatzes hermetisch ababeverrt.

Der kleine Bahnhof Groß-Born war mit Fahnen und Girlanden festlich geschmückt. Vor dem Bahnhof war eine Ehrenkompanie des Infanterie-Regiments 94 mit Musikkorps und Spielmannszug sowie der Regimentsabnahme aufmarschiert. Kurz vor 14.30 Uhr wird der Sonderzug des Führers gefahren. Kommandoworte ertönen, dann steht, als der Zug einläuft, der Präsentiermarsch ein. Als erster entsteigt der Führer dem Sonderzug, begleitet von Reichsleiter Bormann sowie seinen persönlichen und militärischen Adjutanten.

Am Eingang des Truppenübungsplatzes stehen die Lagerwachen als Ehrenwache mit Doppelposten vor Gewehr. Durch das gesamte Lager und bis hinaus zum Übungsplatz stehen mit präsentiertem Gewehr die Soldaten des Übungsplatzes, durch deren Spalier der Führer ganz langsam fährt. Die Freude darüber, daß sie den Führer aus unmittelbarer Nähe sehen dürfen, leuchtet den jungen Trägern unserer Wehr aus den Gesichtern. Das ganze Lager ist mit Fahnen geschmückt.

Nachdem der Führer auf einem das Gelände beherrschenden Hügel eingetroffen ist, steigt am hohen Mast das

gelb-rote Warnzeichen empor, das ankündigt, daß gefechtsmäßige Übungen stattfinden.

Der Übung liegt die Annahme zu Grunde, daß ein Infanterie-Regiment auf die stark besetzte Hauptkampflinie des Feindes gestoßen ist, der unter Zuhilfenahme schwerer Angriffswaffen eingedrückt werden kann. Nach dem die schwache Stelle des Gegners ertundet ist, greift die schwere Artillerie ein, und deutlich sind auf dem rechten Flügel die Einschläge zu erkennen. Nach einem Vorbereitungsschuss verstärkt sich der Einsatz der Artillerie, und unter ihrem Schutze gehen auch die Schützen schiffweise auf dem rechten Abschnitt vor. Den Höhepunkt erhält die Übung, als aus einem Waldesinschnitt ein Panzerangriff auf den linken Flügel erfolgt, dem Panzerabwehrkanonen und das konzentrierte Feuer der Infanterieschützen und der Artillerie ein vorzeitiges Ende bereiten. Mit Hurra rufen die Schützen die feindliche Kampflinie auf.

Die beteiligten Truppen rücken in die Unterkünfte. Die Bewohner der umliegenden Dörfer und Städtchen außerhalb des Geländes haben auf den Zufahrtsstraßen lange ausgeharrt, um den Führer noch einmal zu sehen und ihm ihre Liebe und Verehrung zu bekunden.

Nach Beendigung der Übung verweilt der Führer mit den Ehrengästen des Heeres einige Stunden im Kreise der Offiziere und Beamten des Truppenübungsplatzes. Am Abend fand dann im Offiziersheim mit dem Blick auf den herrlichen Bielburger See der Große Zapfenstreich vor dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht statt, an dem sechs Musikkorps, zwei Trompetenkorps und sämtliche Spielleute sowie drei Infanteriekompanien als Fackelträger teilnahmen.

Wie eine der Regierung nahestehende Korrespondenz meldet, ist eine Begegnung der Sudetendeutschen Parteileitung mit dem tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten und den politischen Ministern in Aussicht genommen. Die Regierung legt nach derselben Quelle größten Wert auf die Fortsetzung der Besprechungen.

Ein Zugeständnis?

Postmeisterstellen für Sudetendeutsche?

Wie vom Sekretariat Lord Runcimans mitgeteilt wird, hat der Vorsitzende der Regierung, Dr. Hodtscha, erklärt, daß in einiger Zeit innerhalb der Postverwaltung eine Reihe von Stellen Beamten deutscher Nationalität eingeräumt werden soll. Wie es in der Mitteilung heißt, handelt es sich um sechs Postmeisterstellen und die Stelle eines Postmeistersstellvertreters. Weiter wird in vager Form mitgeteilt, daß man die Absicht habe, auch in der politischen Verwaltung deutsche Beamte mit verschiedenen Aufgaben zu betrauen. So soll die Befetzung der Stelle des Vorsitzenden am Kreisgericht in Eger durch einen Sudetendeutschen in Erwägung gezogen worden sein.

Dazu schreibt der Deutsche Dienst unter der Überschrift „Erfüllte Zusagen sind keine Zugeständnisse“: Die dem englischen Vermittler Lord Runciman vom Vorsitzenden der Prager Regierung mit der nicht zu übersehenden Absicht einer propagandistischen Wirkung gemachte Mitteilung, daß in einer engbegrenzten Anzahl von Postverwaltungen leitende deutsche Beamte eingesetzt werden sollen, ist

keineswegs geeignet, das Problem der den Sudetendeutschen vorenthaltenen Gleichberechtigung zu lösen.

Diese Mitteilung stellt, zumal es sich bei ihr um eine längst fällige Konzession handelt, noch nicht einmal einen Beitrag zur Abstellung der viel grundsätzlicher gelagerten Beschwerden der Sudetendeutschen dar. Mit der angekündigten Bestellung deutscher Beamter, die wohl unter dem Druck der allmählich immer klarer sehenden öffentlichen Meinung des Auslandes beschlossen wurde, soll offensichtlich der Eindruck erweckt werden, als ob nun endlich von Prager Regierungsseite etwas Entschiedenens zur Behebung der innerpolitischen Schwierigkeiten geleistet worden sei.

Selbst wenn man die von den Tschechen als große Tat aufgebaute Ernennung einiger weniger Postvorstände und die noch nicht einmal festzugelegte Einsetzung deutscher Beamten in die politische Verwaltung als ein wirkliches Entgegenkommen zu den sudetendeutschen Forderungen werten wollte, wäre damit lediglich eine Voraussetzung zur Einleitung der notwendigen Befriedung geschaffen.

Die Prager Regierung hatte schon im Februar 1937 in feierlicher Form Versprechungen abgegeben, daß die im Laufe der bis dahin seit der Staatsgründung vergangenen Jahre den Sudetendeutschen widerfahrenen schweren Benachteiligungen auf dem Gebiete der Beamtenbesetzung bereinigt würden. Es ist bekannt, wie ungenügend dieses Versprechen eingehalten wurde. So begrüßenswert deutsche Postvorstände in bis zu 80 v. H. und mehr deutschen Orten sein werden, so handelt es sich bei deren Einsetzung doch nur um eine Selbstverständlichkeit, wobei zu bemerken ist, daß der deutsche Postvorstand in jedem Fall mit einem noch überwiegend tschechischen Dienstpersonal arbeiten muß.

Die Beamtenfrage ist für das Sudetendeutschum zwar wichtig, aber es kann sich in der heutigen Lage nicht lediglich um einige Beamtenposten handeln,

sondern vor allem um die Anerkennung des Grundsatzes und der darauf zu erfolgenden wirklichen Anwendung, daß das Sudetendeutschum auch auf diesem Teilgebiet den berechtigten Anspruch auf Verwirklichung durch deutsche Beamte in seinem Gebiet und in allen Kategorien hat.

Verhandlungspause in Prag

Spielraum für Runcimans Vermittlertätigkeit

Wie in Prager politischen Kreisen verlautet, wird nach der Klarstellung des Abgeordneten Kundt über den Standpunkt der Sudetendeutschen Partei zur Nationalitätenfrage in den zwischen der Regierung und der Sudetendeutschen Partei geführten Besprechungen eine Unterbrechung eintreten, die ungefähr eine Woche dauern dürfte. Die Zwischenzeit soll von Lord Runciman einerseits und der Regierung andererseits dazu benutzt werden, den Boden für die Schaffung einer neuen Verhandlungsgrundlage zu prüfen. In diesem Zusammenhang kann die Meldung als zutreffend bezeichnet werden, daß nun mit dem aktiven Eingreifen der britischen Mission in die Verhandlungen zu rechnen ist. Allerdings scheint bisher die Frage noch nicht geklärt zu sein, ob es sich bei dieser Aktion Runcimans lediglich um ein Gutachten handeln wird, das den beiden Streitparteien zur Äußerung unterbreitet werden soll, oder um einen positiven Vermittlungsvorschlag.

Die SDP hat den Weg gezeigt

Der „Brünner Tagesbote“ schreibt: Nach den Erklärungen, die Abgeordneter Kundt namens der Sudetendeutschen Partei vor den Mitgliedern der Regierung abgab, ist in der Verhandlungslage jene Zäsur eingetreten, die im Interesse der zu klärenden Hauptfragen unvermeidlich war.

Jedermann weiß jetzt, worauf es der Sudetendeutschen Partei ankommt. Sie will endlich von den maßgebenden Stellen auf tschechischer Seite in überzeugender und unmissverständlicher Weise über die Frage Aufschluß erhalten, ob bei dem Verhandlungspartner der Mut zur Befreiung des guten Willens vorhanden ist, dem bisherigen Brauch ein Ende zu setzen, demzufolge die Ziele und Absichten der Regierung in dem Gestrüpp der tschechischen öffentlichen Meinung verborgen lagen, aus dem die Regierung bislang keinen Ausweg finden konnte, weil es ihr an der Entschlossenheit fehlte, die unter dem Einfluß

einer radikalen Presse stehende tschechische Volksmeinung über die wahre Sachlage aufzuklären.

Die Sudetendeutschen wissen, daß diese Aufgabe der Regierung keineswegs leicht sein wird, da die Unterlassungen auf diesem Gebiete bereits den Blick der Öffentlichkeit für die Wirklichkeit bedenklich getrübt haben. Sie wissen aber auch, daß diese Aufklärungsarbeit, so schwer sie auch sein möge, unbedingt geleistet werden muß, da sonst die Stille, in der sich die Verhandlungen bisher bewegen mußten, niemals den im Interesse einer vernünftigen Regelung dringend gebotenen Meinungsprozess durchbrechen kann. In diesem Punkte haben die Erklärungen des Abgeordneten Kundt die notwendigen Voraussetzungen für die Fortführung der Verhandlungen mit eindeutiger Klarheit umrissen. Die Regierung kennt jetzt den Weg, der für ein ersprießliches Fortschreiten in Betracht kommt. Es ist zu hoffen, daß sie ihn betreten wird.

Lord Runciman informiert sich

Wie erst jetzt bekannt wird, begaben sich am Donnerstag nach der Begegnung Henlein-Runciman in Rothenhaus Abgeordneter Kundt, Mr. Nixon Swatkin und Mr. Peto nach Brünn, wo sie sich im Bürgermeisteramt und bei den Funktionären der Sudetendeutschen Partei sowie bei der Staatspolizei über die Vorfälle in Brünn informierten. Die Unterredungen dauerten fast zwei Stunden.

Vorschläge Runcimans bei Hodtscha?

Ministerpräsident Dr. Hodtscha empfing Lord Runciman zu einer längeren Besprechung. Die Unterredung dauerte ungefähr eineinhalb Stunden. Wie aus unterrichteter Quelle verlautet, hat die Zusammenkunft Lord Runcimans mit Konrad Henlein in den Hauptgegenstand der Unterhaltung gebildet. Lord Runciman soll auf Grund seiner Besprechung mit Konrad Henlein dem Ministerpräsidenten gewisse Vorschläge unterbreitet haben.

